

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 468

Einwohnerratssitzung vom Montag, 29. Januar 2018, 19.00 Uhr
in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	35 Personen des Einwohnerrates 5 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Marc Bürgi, Christoph Pfirter, Benedikt Schmidt, Fabian Thomi und Claude Weisskopf Gemeinderat: Emanuel Trueb und Rolf Wehrli
Vorsitz	Emil Job
Protokoll	Evelyne Hefti
Weibeldienst	Martin Suter

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1. | Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Annick Matt, FDP, anstelle von Regina Furler | 3087 |
| 2. | Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz“ | 3075 |
| 3. | Beantwortung Postulat der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „Catch a Car“ in Pratteln | 3019 |
| 4. | Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller, betreffend „Schnellzughalt in Pratteln“ | 3022 |
| 5. | Sondervorlage, Bewilligung Betrieb Ortsbusnetz mit Jahreskosten von insgesamt brutto CHF 445'800 für einen Weiterbetrieb von 2 Jahren mit der bisherigen Linienführung | 3089 |
| 6. | Mutation regionale Anreicherungszone im Gebiet Löli/Remeli – 1. Lesung | 3090 |
| 7. | Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend "Schaffung von öffentlichen Wertstoffsammelstellen" | 2976 |
| 8. | Postulat der SVP-Fraktion, Christian Schäublin, betreffend „Überprüfung und Optimierung der ständigen beratenden Kommissionen“ | 3088 |
| 9. | Beantwortung kleine Anfrage der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Velochoas Bahnhof Nord“ | 3076 |
| 10. | Fragestunde (nach der Pause) | |

Begrüssung

Emil Job: Liebe Einwohnerratskolleginnen und -kollegen, liebe Gemeinderätin und Gemeinderäte, liebe Pressevertreter, liebe Gäste und geschätztes Publikum. Ich begrüsse sie zur 468. Sitzung des Einwohnerrates. Speziell begrüsse ich **Rebecca Moldovanyi, SP**, als neue Einwohnerrätin. Die neue Sitzordnung liegt auf.

Präsenz

Es sind zurzeit 35 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

- Die SP-Fraktion hat **Rebecca Moldovanyi** als Ersatzmitglied in die Entwicklungskommission und **Andreas Moldovanyi** als Ersatzmitglied in die Geschäftsprüfungskommission nominiert.
- Am 25. September 2017 hat der Einwohnerrat die **Teilrevision des Behördenreglements** beschlossen (Geschäft 3036). Die Regelung zur Sozial- und Unfallversicherung wurde ergänzt. Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind die neuen Regelungen per 1. Januar 2018 in Kraft getreten.
- Am 25. September 2017 hat der Einwohnerrat die **Teilrevision des Personalreglements** (Geschäft Nr. 3041) und damit die Grundlagen für eine paritätische Vorsorgekommission beschlossen. Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist hat der Gemeinderat die Bestimmungen per 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt.
- Im Artikel in der Basellandschaftlichen Zeitung vom 20. Dezember 2017 wurde fälschlicherweise geschrieben, dass an der Einwohnerratssitzung vom 18. Dezember 2017 der Ausdruck „Scheiss FCB“ gefallen ist. Das war nicht der Fall und der Artikel ist somit nicht korrekt. Die bz wurde um eine **Berichtigung** gebeten und hat diese am 23. Januar 2018 auf Seite 22 gedruckt.

Mitteilungen des Gemeinderates

GP Stephan Burgunder: Am 21. Mai 2017 hat das Stimmvolk die nichtformulierte Volksinitiative „Grünflächen in Wohngebieten freihalten“ angenommen. In der Folge haben sich der Gemeinderat und die Verwaltung mit der Umsetzung beschäftigt. Für die Umsetzung ist eine Mutation des Zonenplans Siedlung resp. von den Nutzungsbezeichnungen notwendig. Es ist vorgesehen, die Flächen, welche in der Initiative genannt werden, entsprechend zu schützen. Die Zweckdefinitionen des Jörinparks und der Sportwiese Hexmatt verunmöglichen bereits heute eine Überbauung. Hier ist keine Änderung notwendig. Der Jörinpark steht ausserdem unter kantonalem Schutz. Für den alten Friedhof Grossmatt und die Jugendhauswiese ist der Zweck zum Schutz der Flächen neu mit einer Mutation des Zonenplans zu definieren. Beim Kultur- und Sportzentrum ist anzufügen, dass die Spiel- und Freifläche zum Komplex gehört. Um eine klare Definition der Nutzung festzusetzen, soll folgender Wortlaut gelten: *„Kultur- und Sportzentrum mit Spiel- und Freifläche“*. Die Freifläche Grossmatt bedarf ebenfalls einer Zweckänderung und soll neu *„Spiel- und Freifläche Grossmatt“* lauten. Freiflächen in Wohnquartieren: Das Zonenreglement Siedlung enthält mit Art. 29 Kinderspielplätze, Freiflächen in W- und WG-Zonen bereits eine klare Norm, welche die Schaffung von Spiel- und Erholungsflächen vorschreibt. Dem Initiativbegehren wird mit diesem Wortlaut des Zonenreglements bereits entsprochen. Aktuell wird die Mutation planerisch mit einem kurzen Planungsbericht aufbereitet. Im Februar 2018 wird das öffentliche Mitwirkungsverfahren durchgeführt; da kann man sich zum ersten Mal einbringen. Frühestens im März 2018 kommt die Vorlage wieder zurück in den Gemeinderat, wird nochmals bearbeitet und

dann an den Einwohnerrat überwiesen. Je nach Ausgang der Mitwirkung kann das Geschäft ab frühestens April 2018 im Einwohnerrat traktandiert werden. Danach erfolgt die öffentliche Auflage mit entsprechenden Einsprachemöglichkeiten. Diese müssen behandelt und anschliessend durch den Regierungsrat genehmigt werden. Man hat also drei Mal die Möglichkeit, sich einzubringen. An der Dezembersitzung habe ich über die Metron-Studie berichtet. Der Gemeinderat hat heute nochmals ein Geschenk: Die Vorlage Fröschi-Unterführung wurde zuhänden des Einwohnerrats verabschiedet. Jede Fraktion erhält nachher eine vollständige Dokumentation inkl. Detailplänen. Die Einwohnerräte erhalten die entsprechenden Unterlagen mit dem normalen Versand der Traktanden für die Sitzung vom 5. März 2018.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Postulat der SP-Fraktion, Andreas Moldovanyi, betreffend „Abfalltrennung Bahnhof Pratteln“ vom 23. Januar 2018

Andreas Moldovanyi: Als langjähriger Pendler stört es mich beim Aussteigen am Bahnhof, dass ich meine Zeitung nicht fachgerecht in einem Altpapierkübel entsorgen kann. Mein Postulat zielt darauf ab, dass sich der Gemeinderat bei der SBB erkundigt, was Kriterien für das Aufstellen von Recyclingbehälter sind. Der Aufwand wäre relativ klein, um diese zu leeren. Ich hoffe, dass die SBB bereit sind, solche Behälter aufzustellen.

- Postulat der SVP-Fraktion, Stephan Ebert, betreffend „Sichere Fussgängerstreifen“ vom 29. Januar 2018
- Interpellation der SVP-Fraktion, Erich Schwob, betreffend „Behindertenlift im Gemeinde eigenen Liegenschaft Rest. Zum Park“ vom 29. Januar 2018

Bereinigung Geschäftsverzeichnis

Auf der Traktandenliste fehlt beim Geschäft Nr. 3090, Mutation regionale Anreicherungszone im Gebiet Löli/Remeli, der Vermerk 1. Lesung.

Da der Interpellant an der heutigen Sitzung nicht anwesend ist, wird das Geschäft Nr. 3075, Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz“ auf die nächste Sitzung verschoben.

Abstimmung über das bereinigte Geschäftsverzeichnis

://: Der Rat stimmt dem bereinigten Geschäftsverzeichnis mit grossem Mehr und 1 Gegenstimme zu.

Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 3087

Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Annick Matt, FDP, anstelle von Regina Furler

Aktenhinweis

- Steckbrief vom 15. Dezember 2017

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge. Der Einwohnerrat wählt in stiller Wahl in das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2020:

://: Annick Matt, FDP

Geschäft Nr. 3019

Beantwortung Postulat der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „Catch a Car“ in Pratteln

Aktenhinweis

- Postulat der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, vom 2. Oktober 2016
- Antrag des Gemeinderates vom 2. November 2017

GR Urs Hess: Die Beantwortung des Postulates dauerte leider ein wenig länger, wobei der Verwaltung kein Vorwurf gemacht werden kann. Nach Erhalt haben wir sofort mit der Firma Catch a Car Kontakt aufgenommen, welche sich trotz mehrmaliger Aufforderungen über Monate hinweg nicht gemeldet hat und blieben uns damit die Antworten schuldig. Im letzten Moment kam dann doch noch eine Reaktion, nach dem Motto, sie müssten sich in der Stadt zuerst anders organisieren und Pratteln sei momentan kein Thema. Wie es aussieht, entspricht das Konzept der Firma Catch a Car noch nicht ganz ihren Vorstellungen und muss dementsprechend konsolidiert werden. Sobald ein Ausbau ihres Angebots mit Pratteln in Betracht gezogen wird, meldet sich die Firma bei uns. Der Antrag ist zum Abschreiben.

Andreas Seiler (Postulant): Ich danke dem Gemeinderat für seine Abklärungen und Bemühungen, bin aber doch ein wenig erstaunt, dass es eine solche Firma lange nicht nötig hält, eine Antwort zu geben. Es ist ja nicht so schwierig, eine Absage zu erteilen. Ich habe durchaus Verständnis, dass sie andere Prioritäten haben, das ist ihr gutes Recht. Mein Vorstoss ist beantwortet, entsprechend kann man das Postulat abschreiben.

Eva Keller: Mit Bedauern wird die Antwort von der SP-Fraktion zur Kenntnis genommen. Catch a Car ist doch eine tolle und praktische Einrichtung, damit viele Menschen wenige Autos benutzen. Als ich die Beantwortung erhielt, habe ich mich selbst bei Catch a Car über Facebook nach dem Sachverhalt für Pratteln erkundigt. Bereits innert 10 Minuten habe ich eine Antwort erhalten. Das Unternehmen will sich zuerst an den bestehenden Standorten etablieren und optimieren. Zu einem späteren Zeitpunkt wird der Standort Pratteln tatsächlich nicht ausgeschlossen. Ich hoffe, dass die Verantwortlichen in der Verwaltung und im Gemeinderat die nötigen Vorkehrungen treffen, um Catch a Car auch einführen zu können und nicht unnötig Steine in den Weg resp. Parkplätze gelegt werden. Wir sind auch für Abschreibung.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3019 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 3022

Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller, betreffend „Schnellzughalt in Pratteln“

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller, vom 7. November 2016
- Antrag des Gemeinderates vom 21. November 2017

GR Stefan Löw: Der Schnellzughalt in Pratteln ist ein Thema, welches der Gemeinderat immer mit den Vernehmlassungen postuliert, sich gegenüber der Regierung kundtut und in dieser Beziehung eine Verbesserung für Pratteln beantragt. Die Sachlage ist beim Kanton bekannt. Bei der Gesetzgebung ist die Einflussnahme sehr schwierig. Wir agieren nach dem Motto „*steter Tropfen höhlt den Stein*“. Wir sind gespannt, wie die Lösung besonders im Hinblick auf das Schwingfest aussieht. Vielleicht zeichnet sich da eine Möglichkeit ab, damit wir mehr Druck ausüben können. Die Hoheit liegt beim Bund, der das Ganze steuert. Das Begehren wurde dem Kanton weitergereicht und dieser hat es wiederum beim Bund eingereicht. Wir bedauern diese Verzögerungen, werden es aber immer wieder vorbringen.

Eva Keller (Postulantin): Ich bin mit dieser Antwort absolut nicht zufrieden. Der Flugzug wurde in der Zwischenzeit sogar nochmals mit einem Halt im HB Zürich verlangsamt. Das Rollmaterial ist bestimmt nicht mehr das Gleiche wie im Jahr 2012. Der Tipp mit dem Umsteigen ist wertlos, denn genau das Umsteigen hält die Nutzer davon ab, den Zug zu nehmen. Wenn ich dann noch erfahre, dass Pratteln mit durchschnittlich 7'800 Passagieren pro Tag der drittgrösste Bahnhofsknotenpunkt in der Region ist und das notabene nur mit Regionalzügen, dann stimmt mich das sehr bedenklich, dass wir immer noch ohne Schnellzugshalt sind. Ich kann nur an den Gemeinderat sowie die zuständigen Abteilungsleiter appellieren, bitte wirklich dran zu bleiben. Pratteln wächst an Menschen und der Autoverkehr nimmt zu, doch das Angebot des Zugverkehrs bleibt gleich. Zähneknirschend stimmt die SP-Fraktion, einmal mehr, der Abschreibung des Postulates zu. Es ist halt schön blöd gewesen, dass sich Pratteln vor Jahren den Schnellzugshalt hat stehlen lassen.

Stephan Bregy: Die FDP-Fraktion nimmt mit Erstaunen zur Kenntnis, was bei der Beantwortung geschrieben steht. Danke an den Gemeinderat für die Antwort und danke an Eva Keller für ihre Worte - sie redet mir aus dem Herzen. Die vorgebrachten Argumente sind deckungsgleich mit unseren. Wir sind sehr überrascht, dass die SBB sowie der Kanton Baselland ausführen, es hätte keine einzige Änderung seit dem Jahr 2012 gegeben (damals Beantwortung Postulat Nr. 2747). Man muss nur mal genau hinschauen, was in unserer Gemeinde passiert: Die ganzen Neubauten und Ansiedlungen von Firmen. Dann stellt man fest, dass es eine faule Ausrede der SBB wie auch dem Kanton ist. Seit 15 Jahren pendle ich zwischen Pratteln, Basel und Flughafen. Die Zeit des Flugzuges hat sich um 43 % verlängert. Irgendetwas stimmt bei dieser Aussage also nicht. Die Zugverbindung als Pendler zum Zürich Flughafen ist viel schlechter geworden. In Olten zu warten oder beim Zürich HB mit einem Koffer von Gleis 5 auf Gleis 20 umzusteigen, ist nicht ganz so einfach. Das Angebot hat sich dramatisch verschlechtert. Der Zug, welcher direkt an den Flughafen fährt, hält in Frick (5'000 Einwohner), in Brugg (11'000 Einwoh-

ner), in Baden (18'000 Einwohner) und Rheinfelden (12'000 Einwohner). Man kann doch nicht sagen, dass bei Pratteln mit 17'000 Einwohnern die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben ist. Das Einzugsgebiet in Pratteln ist sicher genauso gut oder sogar bedeutend höher als in Frick, d. h. auch dies ist eine von vielen Ausreden. Zum Rollmaterial nehme ich keine Stellung, da gäbe es einige Investitionen zu tätigen. Auf der Webseite der SBB ist der Ausbauschnitt 2030/35 veröffentlicht. Auf der Linie der Interregio 36 Basel-Zürich-Flughafen sind, man staune, neue Halte in Möhlin und Stein vorgesehen. Bei allem Respekt, aber Möhlin ist für mich ein wenig Provinz. Damit ist ganz klar, es geht um Lobbyarbeit und Liestal sowie der Kanton Baselland schlafen diesbezüglich. Der Kanton Aargau macht ein viel besseres Lobbying und kriegt seine Halte und wir gucken in die Röhre. Auf Grund dessen müssen wir uns wirklich überlegen, was wir machen können, zusammen mit dem Gemeinderat, um das Lobbying zu vergrössern. Es ist unbestritten, dass die Anbindung der Nordwestschweiz, insbesondere von Pratteln, schlechter geworden ist. Die FDP-Fraktion stimmt der Abschreibung zu, es wird aber sicher noch eine Nachfolgeaktivität geben, die wir zusammen mit der SP-Fraktion erarbeiten werden, damit auf Stufe Kanton der Druck erhöht wird. Da ist die Lobbyarbeit eindeutig nicht genügend.

Christoph Zwahlen: Ich stimme Stephan Bregy zu, dass der Kanton Aargau diese Arbeit viel besser macht als der Kanton Baselland. Ich habe auch das Gefühl, dass der Kanton Baselland sich für diese Linie überhaupt nicht interessiert. Die Halte der Einschaltzüge (S-Bahn) in Salina Raurica am Abend wurden gestrichen. Der Kanton reisst sich auch hier kein Bein aus. Zur Systematisierung des Fahrplans halten keine Züge mehr. Da sieht man, was der Kanton Baselland mit dieser Linie vorhat. Vor einer Woche war ich an einer politischen Veranstaltung der SBB. Dort haben sie ein neues Konzept vorgestellt. Sie wollen in Zukunft „Mobilitätshubs“ einführen, damit nicht alle ins Zentrum fahren müssen. Verschiedenes wurde aufgezeigt, z. B. dass nicht alles in Basel SBB erledigt werden muss, sondern auch bei sogenannten „Knotenpunkten“ erledigt werden könnte, wo auch Flixbusse oder anderes zur Verfügung steht. Da müsste man sich überlegen, ob nicht Pratteln so ein Punkt sein könnte und muss wachsam sein, wenn die SBB mit entsprechenden Vorlagen an den Kanton gelangt. Ein solcher Knotenpunkt ist ausserhalb der Agglomeration und hat eine gute Strassenanbindung. Bis sich etwas tut, kann noch lange dauern, wenn ich aber mehr dazu erfahre, melde ich mich wieder.

Andreas Moldovanyi: Ich danke den Vorrednern und kann alles unterschreiben. Eine kleine Ergänzung: Es gibt zwei Interregios, die in Pratteln anhalten, einer von Zürich HB um 06.43 Uhr und einer von Zürich Flughafen um 07.24 Uhr. Diese beiden Ausnahmen gibt es. Das zeigt auch, dass es möglich ist, solche Halte ohne Änderungen auf dem Weg zu machen. Die Züge fahren genau gleich weiter und stehen dann in Basel nur noch 10 anstatt 15 Minuten. Das ist der wesentliche Unterschied. Zum anderen hat sich sehr wohl etwas geändert: Wenn ich mich recht erinnere, steht in den Ausführungen der SBB im Jahr 2012, dass in Pratteln die Perrons für Intercity-Züge zu kurz sind. Der Zug vom Flughafen Zürich nach Basel ist aber immer noch kein Intercity und die Züge sind zum Teil doppelstöckig und deutlich kürzer als die Perrons. Das Argument gilt nicht mehr.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3022 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 3089

Sondervorlage, Bewilligung Betrieb Ortsbusnetz mit Jahreskosten von insgesamt brutto CHF 445'800 für einen Weiterbetrieb von 2 Jahren mit der bisherigen Linienführung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 9. Januar 2018

Auf dem Referentenplatz befindet sich Dieter Härdi, Abteilungsleiter Bau, Verkehr und Umwelt.

GR Stefan Löw: Die Ziele im Aufgabenfeld 14 (Aufgaben- und Finanzplan 2018 – 2022, Seite 46) wurden dokumentiert, bereits diskutiert und es wurde beschlossen, dass wir ein Gesamtkonzept ÖV erstellen werden. Diese Arbeiten sind bereits im Gang. Ergebnisse werden ca. Mitte 2018 vorliegen. Um beim Gesamtkonzept Anpassungen und Änderungen vornehmen zu können, beantragt der Gemeinderat eine provisorische Weiterführung des Ortsbusses für die nächsten zwei Jahre. Die Autobus AG hat mir auf meine Anfrage hin mitgeteilt, dass die Linie 82 im Jahr 2017 von insgesamt 190'244 Personen benutzt wurde. Das entspricht einer Steigerung von 14'061 Personen (8 %). Das zeigt, dass der Ortsbus akzeptiert wird und je länger je mehr wahrgenommen wird. Die Etablierung braucht viel Zeit. Man sieht am Beispiel „Tempo-30-Zonen“ wie lange es wirklich dauert, bis die Tempolimits in den Köpfen der Autofahrer definitiv präsent ist. Der Gemeinderat beantragt, die Weiterführung des Ortsbusses in diesem Rahmen. In der Vorlage ist die Finanzierung durch Anstösser des Grüssenzentrums und den Kanton von 25 % gegeben. Aufgrund der steigenden Fahrgastzahlen konnte die Autobus AG den Betrag um CHF 30'000 senken. Für die Berechnung der Beiträge der Gewerbetreibenden im Grünen wurde neu ein Schlüssel nach Verkaufsfläche erarbeitet. Die Zusammensetzung der Beträge sieht nun anders aus, bietet aber auch eine bessere Transparenz gegenüber den Beitragszahlern. Die Geschäfte haben dies positiv aufgenommen und die Zusicherung zur Mitfinanzierung gesprochen. Ich bin gespannt auf die weitere Diskussion und beantworte gerne die Fragen mit Unterstützung vom Abteilungsleiter Bau, Verkehr und Umwelt.

Eintretensdebatte

Rolf Hohler: Die SVP-Fraktion hat das Geschäft geprüft und ist für Eintreten. Wir finden es richtig, dass es nochmals für 2 Jahre im gleichen Rahmen weitergezogen wird und sind auf das Gesamtkonzept gespannt. Die Streckenführung allgemein ist für die grossen Busse nicht unbedingt optimal; die Strassen in den Quartieren sind oftmals zu eng und wären mit kleineren Bussen besser zu bewältigen. Die Fahrgastzahlen steigen, aber leider wissen wir nicht in welchem Quartier und müssen abwägen, ob sich dieser Bus rentiert. Wenn wir ehrlich sind, scheint er nicht wirklich voll besetzt zu sein. Ohne die Beiträge vom Grüssenzentrum und Kanton wäre das sicher nicht tragbar. Da wir diese Beiträge aber erhalten, sind wir für Eintreten und werden diesen Kredit genehmigen.

Christoph Zwahlen: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist auch für Eintreten und wird das Geschäft unterstützen. Es ist recht, wenn es kein Loch gibt und es im bestehenden Rahmen weitergeführt wird, bis die Studien gemacht sind. Dazu habe ich noch zwei Fragen: Bei den beitragsleistenden Parteien sind drei aufgeführt. Mich interessiert es, ob noch weitere Gewerbetreibende beitragspflichtig wären oder ob man andere angefragt hat und diese mit einem nein geantwortet haben. Das kann man der Vorlage nicht entnehmen. Wenn schon auf dem Coop-Parkplatz bei der Kantonalbank gebaut wird, wäre es nicht sinnvoll, dass man gleichzeitig eine Haltestelle beim Tram in die

andere Richtung realisiert? Das kann man auch zwischendurch und es würde nicht viel Fahrzeit kosten.

Urs Baumann: Die FDP-Fraktion hat das Geschäft geprüft und ist ebenfalls für Eintreten. Es ist sinnvoll, wenn das 2-jährige Provisorium verlängert wird, bis das Gesamtkonzept des öffentlichen Verkehrs vorliegt, dann kann die Sache genau angeschaut und definitiv entschieden werden.

Christine Weiss: Die SP-Fraktion ist auch für Eintreten. Ich schliesse mich meinem Vorredner an. Es ist wichtig, dass es keine Lücke gibt und der Ortsbus nahtlos weitergeführt wird.

Eintreten ist unbestritten und es folgt die Direktberatung.

GR Stefan Löw: Ich versuche, die zwei Fragen von Christoph Zwahlen zu beantworten: Die Firma Möbel Pfister ist auch ein Anstösser im Grünen. Bei der Quartierplanverabschiedung hat man jedoch verpasst, die zu bezahlenden Beiträge explizit dort reinzunehmen. Wir haben das Gespräch mit der Firma Möbel Pfister gesucht, doch leider ist man nicht mehr bereit, die bisher entrichtete Summe zu zahlen, hat aber einen kleinen Beitrag zur Weiterführung des Ortsbusses zugesichert. Hier haben wir keine Handhabung, einen Beitrag einzufordern. Zur Bushaltestelle Seite Post, Richtung Dorf: Es ist geplant, dass auf dem Coop-Parkplatz gebaut wird, dann ist dort eine Haltestelle nicht möglich. Ausserdem haben wir geprüft, ob es zeitlich noch möglich wäre. Dies ist nicht der Fall. Es wird aber sicher im zu erarbeitenden Gesamtkonzept ein Thema sein. Es ist jetzt zu spät, um dies noch einfließen zu lassen. Das Thema ist bekannt und wurde auch schon diskutiert. Allenfalls kann Dieter Härdi dazu noch Ergänzungen machen.

Dieter Härdi: Ich habe dazu eigentlich keine Ergänzungen, kann aber sagen, dass die Haltestelle beim Altersheim in ca. 180 m Distanz ist. Wie GR Stefan Löw erklärt hat, haben wir in den nächsten Jahren eine Baustelle und es wird eine Bauwandumschliessung um den ganzen Coop-Parkplatz geben. Das sind die Fakten. Für die Zukunft ist es sicher ein Ansatzpunkt, dort in Richtung Dorf eine zusätzliche Haltestelle zu haben.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung:

://: Der Kredit von brutto CHF 445'800 (Jahreskosten und in der Erfolgsrechnung ab 2019 zu budgetieren) für den Weiterbetrieb des Ortsbusses mit einer Dauer von 2 Jahren und bisheriger Fahrroute wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 5. März 2018.

Geschäft Nr. 3090

Mutation regionale Anreicherungszone im Gebiet Löli/Remeli – 1. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 9. Januar 2018

Auf dem Referentenplatz befindet sich Dieter Härdi, Abteilungsleiter Bau, Verkehr und Umwelt.

GR Stefan Löw: Es ist recht schwierig, die Vorlage genau zu verstehen und was die Mutation bedeutet. Einfach dargestellt geht es grundsätzlich um die Verlegung der Rheinstrasse im Zusammenhang mit Salina Raurica. Die bestehende Wasserschutzzone im Gebiet Löli/Remeli sind gegliedert in S1 (hohe Schutzzone), S2 und S3 (erweiterte Schutzzone mit Angliederung an S1). Die Anreicherungszone (auf den Plänen gelb markiert) hat den gleichen Status wie eine S1, ist aber eine Anreicherungszone und so ausgeschieden. Das hat der Kanton gemacht. Damals ging man davon aus, dass sich Pratteln bis auf 50'000 Einwohner erweitern wird und hat deshalb quasi einen Puffer zur Berieselung dieses Gebietes mit Wasser erschaffen. Dann hätte man das Wasser versickern lassen und damit mehr Wasser in der Fassung gehabt, welches man bei Bedarf auch wieder hätte von dort genommen werden können. Gemacht wurde das nie, wurde aber vom Kanton so bestimmt. Um die Rheinstrasse verlegen zu können, bleibt die Schutzzone so wie sie ist, jedoch wird die Anreicherungszone aufgehoben und geht vor einer Gesamtüberprüfung der Wasserschutzzonen in eine S2 über, damit die Planung in Salina Raurica weiter gehen kann. Oft diskutiert und ein grosses Anliegen ist, dass es mit Salina Raurica keine Verzögerungen geben soll. Was geschieht grundsätzlich mit der Wasserschutzzone? Das Büro Holinger hat die Wasserschutzzonen überprüft und dazu einen Bericht verfasst. Die Aussagen daraus erläutere ich jetzt im Detail jedoch nicht. Sicher ist aber, dass die S2 nicht verändert wird, da sie in diesem Bereich weiterhin benötigt wird. Auch in diesem Zusammenhang hat sich eine Interessengemeinschaft IG Hülften gebildet. Im Jahr 2030/32 wird die Anpassung der Grundwasserschutzzone abgeschlossen sein. Im AFP auf Seite 47 kann man auch nachlesen, was der Gemeinderat in den nächsten zwei bis drei Jahren beabsichtigt zu machen. Im Schutzonenreglement (Anhang 1, Seite 5) sind gewisse Fristen von Massnahmen vorgegeben. In der Anreicherungszone sind Sachen erstellt worden, die dort eigentlich nicht hingehören. Das ist schon länger so, ist falsch und muss korrigiert werden. Verschiedene Massnahmen werden bei dieser Mutation umgesetzt, u. a. müssen die alten Bohrtürme versetzt werden. Der neue Standort wurde bereits bestimmt und die Kosten werden vom Kanton übernommen. Andere Massnahmen sind finanziell nicht sehr hoch, z. B. die Verschliessung eines Wasserrohrs oder die Verlegung des Lagerplatzes. Diese Aufwendungen liegen in der Gemeindehoheit und werden entsprechend umgesetzt, sobald die Mutation durch ist.

Eintretensdebatte

Andreas Seiler: Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Direktberatung. Das Geschäft ist auf den ersten Blick relativ komplex, auf den zweiten Blick aber eine einfache Sache. Wir müssen den roten Fleck auf dem Plan aufheben und mit einem gelben ersetzen. Für das bessere Verständnis wäre es vielleicht einfacher gewesen, das Ganze auf zwei Plänen aufzuzeigen mit einem Ist-Zustand und einem neuen Soll-Zustand; dann wäre die Mutation ein wenig besser sichtbar gewesen. Wenn man es aber genau anschaut, ist es klar. Ich danke dem Gemeinderat für die Auskunft über eventuelle Folgekosten bezüglich der erwähnten Massnahmen im Bericht. Somit sind wir für Eintreten und werden mehrheitlich zustimmen.

Fredi Wiesner: Die SVP-Fraktion ist auch für Eintreten und stimmt der Mutation prinzipiell zu. Uns ist wichtig, dass die Grundwasserschutzzone erhalten bleibt, denn man hat auch schon gehört, dass dort ein „Park and Ride“ entstehen soll oder stillgelegt wird. Deshalb müssen wir vorwärts machen, damit die Grundwasserschutzzone erhalten bleibt und dann die Rheinstrasse verlegt werden kann.

Petra Ramseier: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist auch für Eintreten und Direktberatung. Ich schliesse mich in meinem Votum demjenigen von Fredi Wiesner an. Uns ist es auch wichtig, dass einerseits die Grundwassergewinnung in Zukunft gesichert ist und weiter betrieben wird und dass die ganze Zone als Grundwasserzone erhalten bleibt, so dass ein Gespenst wie das „Park and Ride“ verschwindet und man auch nicht auf die Idee kommt, für das Schwingfest dort unten ein „Park and Ride“ einzurichten.

Kurt Lanz: Alle sind der Meinung, dass wir eine eigene Grundwasserschutzzone wollen und niemand ist grundsätzlich dagegen. Das freut mich sehr. In diesem Zusammenhang habe ich trotzdem noch Fragen an den Gemeinderat: Das Grundwasser ist mir tatsächlich etwas wert. Im Anhang zum Reglement sind verschiedene Sachen aufgelistet, welche wir in Angriff nehmen müssen im Zusammenhang mit einer neuen Konzession im Jahr 2032, wenn ich das richtig verstanden habe. Verschiedene Parzellen sind angegeben und ich habe nachgeschaut, wo sich diese befinden. Bei einem grossen Teil der Tabelle im Anhang sind keine Parzellennummern angegeben. Deshalb weiss ich nicht, um was es sich hier handelt und wo die Orte sind, die es betrifft. Ich wäre froh, wenn ich vom Gemeinderat die Parzellennummern noch vor der zweiten Lesung erhalte, um mich ins Bild setzen zu können. Im Weiteren hat GR Stefan Löw gesagt, dass in der Grössenordnung von zwei bis drei Jahren mitgeteilt wird, wie es mit der ganzen Grundwasserschutzzone weitergeht. Auch hier besteht die Konzession bis zum Jahr 2032 und muss dann erweitert werden. Dazu müssen verschiedene Bedingungen erfüllt sein, die jetzt noch nicht erfüllt sind. Ich wünsche mir und schliesse mich dabei den Voten von Fredi Wiesner und Petra Ramseier an, dass wir früh genug und unverzüglich die Sachen in Ordnung bringen, damit bereits in zwei oder drei Jahren die Grundwasserschutzzone so ausgerichtet wird, wie sie im Jahr 2032 sein müsste. Möglicherweise möchte ja die IG Hülften dort irgendwas nicht, dann braucht es Zeit zum Verhandeln und um zu diskutieren. Darum ist es mir recht, wenn der Gemeinderat dies ganz zügig an die Hand nimmt.

Eintreten ist unbestritten. Wir sind bereits in der Direktberatung.

GR Stefan Löw: Die Sicherstellung der jetzigen Wasserschutzzone ist im Moment unbestritten. Die Postulate von Landrat Christoph Buser sind in Bearbeitung beim Kanton und Alternativen werden geprüft. Der Landrat hat dem Kanton einen entsprechenden Auftrag gegeben, der Gemeinderat ist bei den Gesprächen miteinbezogen und wir hatten bereits schon drei Sitzungen. Der Regierungsrat war in dieser Sache auch schon bei uns und die Ergebnisse werden mit dem Gesamt-Gemeinderat offen diskutiert. Die ganze Ausscheidung der Wasserschutzzone für 2030/32 ist in Bearbeitung und ein längerer Prozess. Die Grundwasserschutzzone inkl. Reglement soll bis zum Jahr 2020 überarbeitet werden (AFP Seite 48). Wir gehen aber nicht davon aus, dass die Grundwasserschutzzone dann gegeben und alles schon unter Dach und Fach ist. Das wird voraussichtlich nicht möglich sein. Die weitsichtige Planung gibt uns jedoch Zeit, um intensiv daran zu arbeiten. Auch mit der IG Hülften werden wir das Gespräch suchen und müssen dabei die Arbeitgeber und Geschäfte miteinbeziehen, die direkt involviert sind.

Kurt Lanz: Ich wäre froh, wenn der Gemeinderat noch etwas zu den Altlasten sagen könnte. Wie gross ist das Problem der vorhandenen Altlasten und auf was müssen wir uns gefasst machen? Müssen wir mit grösseren Folgekosten rechnen oder stellt das aus heutiger Sicht überhaupt kein Problem dar?

GR Stefan Löw: Beim jetzigen Status ist wohl bekannt, dass Altlasten vorhanden sind. Im Moment sind diese versiegelt und man lässt sie so, wie sie sind. Nähere Details entziehen sich meiner Kenntnis.

Dieter Härdi: Auf Seite 12 des Planungsberichts sieht man unter „Amt für Umweltschutz“ die Stellungnahme zum Ablagerungsstandort Wanneneinsatz. Hier ist Untersuchungsbedarf vorhanden und im Altlastenkataster auch so vermerkt. Das ist der heutige Status.

Christoph Zwahlen: Im Schutzzonenreglement (Anhang 1, Seite 5) steht als Massnahme bei Parzelle 4917, Giebenacherstrasse: „*Fahrverbot für den motorisierten Verkehr, ausgen. Landwirtschaft & Wasserversorgung.*“ Hier geht es um die Verbindungsstrasse von der Längi ins Dorf. Diese Strasse ist ein Veloweg für die Schüler und Kleinmotorräder fahren darauf auch, ebenfalls mit Sonderbewilligung die Spitex und die Post. Man würde also den direkten Weg von der Längi ins Dorf ziemlich abschneiden und die Fahrzeuge über irgendeine grosse Strasse schicken; obenrum über die Wanne dürfen sie nicht, also müssen sie aussenrum bei der Saline kehren. Wenn man den ersten Plan ansieht, sieht man in der Ecke den Punkt, wo man eigentlich beim Schwimmbad vorbei über die Autobahn fährt und dann die Kurve untendurch beim Löli zum Robi. Was hat sich die Gemeinde überlegt, wie man hier trotzdem noch auf einem vernünftigen Weg ins Dorf kommt?

GR Stefan Löw: Das sind die daraus resultierenden Massnahmen, welche im Zusammenhang mit dieser Mutation entstehen werden. Ich denke, das Fahrverbot wird ausweisen, dass landwirtschaftliche und bisherige Fahrzeuge diese Strasse weiterhin werden benützen dürfen. Der Gemeinderat wird dies genau prüfen und vielleicht gibt es dann auch Einschränkungen. Ob die Spitex dann noch passieren darf, weiss ich nicht. Was zulässig ist und was nicht, wird sicher entsprechend ausgeschildert.

Dieter Härdi: Auf dieser Achse besteht bereits heute ein Fahrverbot für den motorisierten Verkehr. Mit dem 2-Gang-Töffli ist es ein Spezialfall, welcher wir im Rahmen der zu überprüfenden Massnahmen entsprechend betrachten müssen.

Lesung Schutzzonenreglement:

Art. 1	Geltungsbereich
Art. 2	Zweck
Art. 3	Nutzungsbestimmungen
Art. 4	Bestehende Bauten, Anlagen und Nutzungen
Art. 5	Vollzug
Art. 6	Entschädigungen
Art. 7	Revision von Schutzzonen
Art. 8	Schlussbestimmungen

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und die 1. Lesung ist beendet.

Geschäft Nr. 2976

Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend "Schaffung von öffentlichen Wertstoffsammelstellen"

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, vom 14. Dezember 2015
- Antrag des Gemeinderates vom 21. Februar 2017

GR Stefan Löw: Das Postulat wurde vom Gemeinderat zurückgenommen, um weitere Abklärungen zu treffen. Inzwischen waren wir in Bern an einer eidgenössischen Veranstaltung, an welcher die Situation des Kunststoffsammelns in einem Workshop mit gesamtschweizerischer Beteiligung diskutiert worden ist. Das Sammeln des Kunststoffes hat der Bund von sich gewiesen und nimmt es nicht selbst in die Hand. Der Workshop ist in Eigeninitiative, ausserhalb des Bundes, entstanden. Weit über 300 Personen haben diese Veranstaltung besucht. Es hat sich gezeigt, dass Kunststoffsammeln ein sehr kontroverses Thema ist und es eigentlich noch keine Linie gibt. Es gab sowohl positive wie auch negative Voten. Der Bund hat die Aufgabe nach unten an die Kantone delegiert und dies wird dort entsprechend unterschiedlich gehandhabt. Unser Kanton ist leider sehr destruktiv, unternimmt wenig und hofft, dass die Gemeinden die Initiative ergreifen, um selber eine Lösung zu finden und voranzutreiben. Das war auch ein Teil des Problems bei der Beantwortung des Postulats. Grundsätzliches Sammeln von Abfällen ist sicher nicht falsch und hat seine Berechtigung. Sehr wichtig ist, was im Anschluss an die Sammlung passiert: Nach dem Motto „aus den Augen, aus dem Sinn“ kann sicher nicht die Antwort des Gemeinderates sein und die Lösung kann auch nicht sein, alles zu sammeln und es dann jemandem weiterzugeben, der das Sammelgut anstatt weiterzuverarbeiten einfach dort stehen lässt oder was auch immer. Die Aussagen dazu sind sehr widersprüchlich, was wirklich mit dem Abfall gemacht wird. Zum Teil wird in der Schweiz recycelt, zum Teil mit LKW oder Bahn weitertransportiert und am Bestimmungsort entsprechend sortiert. Zur Problematik des Kunststoffes: Beim PET gibt es keine Diskussion. Das funktioniert sehr gut, wobei auch hier die Verunreinigung zunimmt, da andere Kunststoffe ebenfalls in PET-Container eingeworfen werden. Die Kunststoffsammlung als solches z. B. bei Shampoo-Flaschen und Waschmittelflaschen funktioniert bei den Geschäftssammelstellen (Coop, Lidl usw.) ebenfalls ganz gut und die Weiterverwendung z. B. als Granulat ist möglich. Auch in der Industrie und im Gewerbe funktioniert die Sammlung gut. Im Gegensatz dazu sind Verbundkunststoffe bzw. Nahrungsmittelverpackungen nicht sauber, eine Foliendeckschicht kann bis zu 10 Schichten mit verschiedenen Anforderungen haben und ist dabei knapp 1 mm dünn. Dies ist im Moment nicht recycelbar. Der Aufwand dafür ist zu gross und hat keinen Sinn. Es besteht eine grosse Informationslücke: Die Bevölkerung müsste ans Sammeln herangeführt werden, um genau zu erklären, was für Kunststoff man in der Hand hat und wie korrekt gesammelt wird. Irgendwann werden wir dies bestimmt erreichen. Im Moment erachtet der Gemeinderat eine solche Kunststoffsammlung jedoch als nicht sinnvoll. In diesem Zusammenhang gibt es in Pratteln einen privaten Anbieter, der einen Recycling-Park betreiben wird. Das Projekt ist schon weit fortgeschritten und der Betrieb ab Anfang März 2018 vorgesehen. An 6 Tagen/Woche (Samstag nur am Morgen) wird es möglich sein, zusätzliche Abfälle, die bis jetzt nicht entsorgt werden konnten, hinzubringen (u. a. Beleuchtungskörper, Kunststoffe, Metall, Sperrgut). In einem normalen Kehrichtsack können Kunststoffe gesammelt und gegen ein kleines Entgelt abgegeben werden. Die Sammelstelle wird bedient sein. Für den Recyclingpark braucht es noch die kantonale Bewilligung, weil das Sammeln eigentlich Aufgabe der Gemeinde ist und wir diese nicht einfach einem privaten Anbieter übergeben können. Wir bleiben am Thema dran. Auch in der Abteilung Bau haben wir eigens dafür eine Sachbearbeiterin Abfall, die speziell auf das Thema sensibilisiert ist und die Aufgabe hat, das Thema zu betreuen. Wir bitten den Rat, das Postulat abzuschreiben.

Marcial Darnuzer (Postulant): Für die Beantwortung meines Postulates und den weiteren zusätzlichen Ausführungen bedanke ich mich recht herzlich beim Gemeinderat, ich hatte mir allerdings ein wenig mehr erhofft. Ich gebe mich aber vorerst damit zufrieden, dass der Gemeinderat das Anliegen mit grossem Interesse weiterverfolgen wird und in dieser Hinsicht etwas machen möchte und zwar so, dass Pratteln eine der Gemeinden von den bis heute insgesamt 186 Gemeinden in der Schweiz sein wird, welche das Sammeln von Wertstoffen als sinnvoll erachtet und auch macht. Wenn es niemand macht, wird es mit dem Recycling nicht wirklich weitergehen. Aus meiner Sicht gibt es nämlich keinen Grund, die Bevölkerung daran zu hindern, freiwillig einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten und Plastik in Wertstoffsammelstellen zu sammeln. Schade finde ich, dass die beiden Gemeinden in unserer Nähe, nämlich Allschwil und Lausen, nicht nach ihren gemachten Erfahrungen und Ergebnissen angefragt wurden. Ihre Erkenntnisse wären sicherlich interessant gewesen und hätten den Handlungsbedarf sowie das vorhandene Potenzial deutlicher aufgezeigt. Sehr erfreulich ist, dass in der Gemeinde Pratteln ab März 2018 eine Wertstoffsammelstelle im öffentlichen Bereich angeboten werden soll. Das begrüsse ich sehr. Die SP-Fraktion stimmt zu, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Petra Ramseier: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen dankt dem Gemeinderat für die Antwort und den ausführlichen Abklärungen. Wir sind sehr an einer Lösung interessiert, die eine gute Öko- und Energiebilanz aufweist. Wir konnten sehen, wie unterschiedlich die Meinungen und Erfahrungen zu diesem Thema sind. Wir haben auch keine fertige Lösung, motivieren den Gemeinderat aber auf jeden Fall dranzubleiben. Vielleicht ergibt sich in nächster Zeit einen Weg, wo man klar sagen kann, dass sich das lohnt und die Ökobilanz dabei gut aussieht. Es gibt ja noch andere Wege: Die Verminderung von Verpackungen oder die Wertsetzung von Verpackungen. Den Abfall als Wertstoff könnte man mit einem Depot belegen oder mit anderen Möglichkeiten die Motivation Abfall zu reduzieren erhöhen. Auch diese Wege müssen im Auge behalten werden, sei das bei der Gemeinde, beim Kanton oder Bund. Wir waren sehr überrascht über den geplanten Recycling-Park und sind nun sehr gespannt, was da kommt. Ist dieser kostenpflichtig, wenn man dort etwas abgibt oder kann man es so abgeben wie auf dem Werkhof?

Patrick Ritschard: Die SVP-Fraktion meint ebenfalls, dass recyceln Sinn macht, sei es Metall, Papier oder PET. Nur, wie weit soll das gehen? Die Kehrichtverbrennungsanlagen kaufen jetzt schon Abfall ein und spritzen mittlerweile Ölprodukte ein, damit sie auf den Brennwert kommen. Wenn man sich mit Kunststoffen ein wenig auskennt, weiss man, dass Polyethylen und Polypropylen einen besseren Brennwert haben als Holz und sie sich emissions- und schadstofffrei verbrennen lassen. Jetzt wollen wir diese aus dem Abfall herausnehmen. Grundsätzlich ist das eine gute Idee, die Polyethylen und Polypropylen lassen sich sehr gut wiederverwerten. GR Stefan Löw hat es angesprochen: Der Kunststoff muss sauber getrennt werden, d. h. dass wir uns bewusst werden müssen, wie wir diesen entsorgen. Aufgrund der Verunreinigungen ist es teilweise schwierig die Kunststoffe zu trennen. Bei näherem Betrachten sind einzelne Kunststoffarten für Normalverbraucher erkennbar (PE, PP, PET), andere jedoch nicht. Für die saubere Wiederverwertung ist die Reinheit eines Kunststoffes elementar. Könnt ihr den Unterschied zwischen einem Thermoplast und einem Duroplast erkennen? Der eine Kunststoff lässt sich sehr gut weiterverwerten, der andere nicht. Erst wenn man den Unterschied kennt, kann man darüber sprechen, das Ganze sauber zu trennen. 80 % von den hier Anwesenden werden mir zustimmen, dass wir das nicht sauber unterscheiden können. Aus diesem Grund sollten die Kunststoffe Polypropylen (PP) und Polyethylen (PE) lieber verbrannt werden, denn dann müssen die Verbrennungsanlagen weniger Öl einschiessen und weniger Abfall dazukaufen. Wenn wir zu viel trennen, wird es nicht günstiger und man wird den allgemeinen Kunststoff auch nicht gratis abgeben können. Hinzu kommt, dass Anbieter der Wertstoffsammelstelle unter Umständen noch Geld mit dem nicht weiterverarbeitbaren Abfall verdienen, indem dieser an die KVA verkauft wird, damit diese ihren

Brennwert und ihre Brennenergie halten können. Daher soll gut überlegt werden, wie weit so eine Trennung wirklich gehen soll.

GR Stefan Löw: Ein durchsichtiger Sammelsack (60 Liter Inhalt) kostet in Bubendorf CHF 2.40, in Pratteln wird es in einem ähnlichen Rahmen sein. Die Güter, die bis jetzt mit einer Gebühr belastet sind, werden auch transparent aufgezeigt und in einem ähnlichen Rahmen kostenpflichtig. Alles was bis jetzt umsonst abgegeben werden konnte, bleibt kostenlos. Der Abfallkalender 2018 bleibt bestehen und ist verbindlich; weiterhin kann man im Werkhof entsorgen. Eventuelle Anpassungen ab dem Jahr 2019 werden geprüft. Dies wird auch damit zu tun haben, ob sich der Recycling-Park etablieren kann. Wichtig ist für die Bevölkerung, dass vorerst keine Änderungen beim Sammeln vorgenommen werden.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung:

://: Das Postulat Nr. 2976 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 3088

Postulat der SVP-Fraktion, Christian Schäublin, betreffend „Überprüfung und Optimierung der ständigen beratenden Kommissionen“

Aktenhinweis

- Postulat der SVP-Fraktion, Christian Schäublin, vom 18. Dezember 2017

GP Stephan Burgunder: Der Gemeinderat ist ebenfalls bestrebt, die Kommissionen zu überprüfen und zu optimieren und nimmt das Postulat gerne entgegen.

Christian Schäublin (Postulant): Ich danke dem Gemeinderat für die Entgegennahme meines Postulates. Es geht darum, eine generelle Überprüfung und Optimierung der Kommissionen vorzunehmen. Mit den neuen Schulhäusern entstehen neue Räume für neue Nutzungen, dies müsste man sicher miteinbeziehen. Darum bitte ich den Rat, mein Postulat zu überweisen.

Mauro Pavan: Die SP-Fraktion ist sicher nicht der Meinung, dass wir so viele Kommissionen wie möglich aufheben sollten, man aber generell mal schaut und überprüft, welche Kommissionen noch sinnvoll sind. Wir sind für Überweisung.

Dieter Schnetzer: Es ist offensichtlich schon lange her, das man hier über die Bücher ging. Somit kann es sicherlich nicht schaden, alle Kommissionen zu prüfen und zu optimieren, auch wenn wir dabei zum gleichen Resultat kommen sollten, wie es heute schon ist. Die FDP-Fraktion ist für Überweisen.

Patrick Weisskopf: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist für Überweisen. Uns ist es wichtig daran zu denken, dass die beratenden Kommissionen auch dazu dienen, eine tiefe Verankerung in der Bevölkerung durchzubringen, resp. die Bevölkerung miteinzubeziehen. Unter diesem Aspekt soll man es anschauen. Gerade jetzt, wo zwei neue Gebäude entstehen, ist da vielleicht Bedarf vorhanden.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3088 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 3076

Beantwortung kleine Anfrage der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Velochaos Bahnhof Nord“

Aktenhinweis

- Kleine Anfrage der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Velochaos Bahnhof Nord“ vom 25. September 2017
- Beantwortung des Gemeinderates vom 9. Januar 2018

Die schriftliche Beantwortung liegt vor; bei kleinen Anfragen erfolgt keine Diskussion und damit ist dieses Geschäft behandelt. Gegen den Widerstand des Einwohnerratspräsidenten wird folgendes Votum abgeben:

GR Stefan Löw: Ich habe durchaus Verständnis für das Anliegen von Gert Ruder. Es ist auch für die Gemeinde ausserordentlich undankbar, was auf der Seite Bahnhof Nord vorstättengeht, teilweise auch südlich. Man kann nur an die Velofahrer appellieren, dass sie sich korrekt verhalten und die zuständigen Plätze, welche die Gemeinde zur Verfügung stellt, auch wie vorgesehen benützen. Es ist klar aufgezeigt, wo und wie man sein Velo abstellen kann und wie es gesichert werden soll. Das ist ein Appell an die Vernunft der Velofahrer. Für die Gemeinde ist es schwierig, dass es keine Vignettenpflicht mehr bei Velos gibt und somit nicht überprüft werden kann, wie lange ein Velo schon dort steht. Nur mit Stichproben und fotografischer Dokumentation ist das möglich. Beim Bahnhof Süd hat sich die Situation mit der neuen Anlage sehr verbessert und diese wird auch meistens richtig benutzt, aber auch dort steigt die Tendenz Richtung Treppenabgänge. Mit der Entwicklung vom Wasenareal im Norden wird die ganze Situation und eventuell notwendige Anpassungen nochmals geprüft.

Der Einwohnerrat nimmt die Beantwortung der kleinen Anfrage Nr. 3076 zur Kenntnis.

Fragestunde

Frage 1

„Update der Bauprojekte auf der Gemeindehomepage“

(Patrick Weisskopf, Fraktion der Unabhängigen und Grünen)

GP Stephan Burgunder: Frage 1: Wann werden Informationen zu neueren Bauprojekten aufgeschaltet? Es ist vorgesehen, dass wir die Informationen bis Mitte Februar 2018 aktualisieren. Frage 2: Wie ist der Stand der Planung zum neuen Gemeindezentrum an der Schlossstrasse? Der Gemeinderat hat beschlossen, dass wir einen Architektur-Wettbewerb für das Gemeindezentrum durchführen werden. Das notwendige Raumbuch, welches die räumlichen Anforderungen und Flächenangaben definiert, ist kurz vor Fertigstellung. Die Wettbewerbs-Jury wurde vom Gemeinderat bestimmt. Die Jury besteht aus 11 Personen, davon 6 Fachpreisrichter (1 Städteplaner, 1 Landschaftsarchitekt und Architekten) und 5 Sachpreisrichter. Im Verlauf des Jahres 2018 soll der Wettbewerb durchgeführt werden. Details dazu wurden noch nicht bestimmt. Frage 3: Wann ist eine Vorstellung der Raumbedarfsplanung im neuen Gemeindezentrum für den Einwohnerrat vorgesehen? Das Raumprogramm ergibt sich einerseits aus der heutigen Nutzung sowie einer gemachten Prognose des Platzbedarfs im Jahr 2040. Zusätzlich zum Raumbedarf wird die Option Bibliothek und Kindergarten im Gemeindezentrum berücksichtigt. Der ganze Prozess wird durch einen externen Organisationsplaner begleitet. Diese Firma ist im Bau von Gemeindezentren sehr erfahren und begleitet uns sehr intensiv bei der Erarbeitung des Raumprogrammes. Gleichzeitig wird ein externer Architekt für die Begleitung beigezogen. Dieser verfügt über die notwendige Erfahrung zur Durchführung des Wettbewerbs. Der ermittelte Raumbedarf, wird ebenfalls zur Durchführung des Architektur-Wettbewerbs dienen. Danach wird die Ausstellung der Projekte stattfinden, wo das detaillierte Raumprogramm zu sehen sein wird. Der notwendige Kredit für die Projektierung wird dann dem Einwohnerrat vorgelegt.

Patrick Weisskopf: Wenn ich es richtig verstanden habe, ist nicht geplant, dass der Einwohnerrat das Raumprogramm vor dem Wettbewerb einsehen kann. Ist das richtig?

GP Stephan Burgunder: Das ist richtig.

Die Frage ist beantwortet.

Die Sitzung wird um 20.55 Uhr beendet.

Pratteln, 14. Februar 2018

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Emil Job

Evelyne Hefti